



informiert

Sanierungskonzept IV/V auf dem Prüfstand

**Petition der ver.di-Betriebsgruppe im Ausschuss für
Finanzfragen und Staatshaushalt des Bayerischen Landtags
- Stellungnahme des Finanzministeriums unzureichend! -**

Am 26. Januar 2012 stand die Petition der ver.di Betriebsgruppe auf der Tagesordnung des Ausschusses für Finanzfragen und Staatshaushalt im Bayerischen Landtag. Wegen der mangelhaften Brandschutzvorrichtungen und der bestehenden Asbestbelastung im Gebäude Deroystraße 4 sehen wir eine ernste Gefahr für die Gesundheit der Beschäftigten. Der Landtag solle daher beschließen, dass das Bayerische Staatsministerium der Finanzen (StMF) aufgefordert wird, hier ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Risiken für die Gesundheit der Beschäftigten ist. Außerdem fordern wir, dass nun endlich eine Entscheidung über die räumliche Unterbringung des Finanzamtes München getroffen wird. Als Petent/innen nahmen Angelica Dullinger und Dieter Weiß an der öffentlichen Sitzung teil.

Dem Haushaltsausschuss wurde eine dreiseitige Stellungnahme des StMF als Antwort auf unsere Petition zugeleitet.



Fazit dieser Stellungnahme:

die Sanierungsmaßnahmen sind sinnvoll und wirtschaftlich, es bestehe keine gesundheitliche Gefahr für die Beschäftigten und eine Entscheidung über die zukünftige räumliche Unterbringung des Finanzamtes München sei bisher noch nicht gefallen.

Der Berichterstatter einer Regierungspartei schlug vor, die Petition mit dem Schreiben des Finanzministerium als erledigt zu betrachten. Vertreter der Opposition sahen dies jedoch ganz anders. Da noch zu viele Fragen offen seien und ein in die Zukunft gerichtetes Konzept für die räumliche Unterbringung des Finanzamtes München nicht erkennbar sei, betrachteten sie die vorgelegte Stellungnahme als nicht ausreichend.

Die Abgeordnete Claudia Stamm (B90/Die Grünen) erinnerte auch an das Versprechen des ehemaligen Finanzministers Fahrenschon, einen Neubau für das Finanzamt München zu errichten. Der Ausschussvorsitzende Winter (CSU) aus Höchstädt/Donau entgegnete darauf, dass dieses Versprechen nicht abgestimmt war. Für die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel sei ausschließlich der Bayerische Landtag verantwortlich. Dies sei das „Königsrecht“ des Parlaments.



Die Abgeordnete Christa Naaß (SPD) zitierte den ehem. Finanzminister, der bei der Informationsveranstaltung im Gasteig das Gebäude „als marode und verbraucht“ bezeichnet habe. Hier stelle sich die Frage, ob es denn tatsächlich sinnvoll und wirtschaftlich sei, ein verbrauchtes Gebäude mit einem hohen Aufwand noch zu sanieren. Dies führe außerdem durch die notwendigen Umzüge zu einer weiteren Arbeitsbelastung der Beschäftigten und sei deshalb so nicht hinnehmbar!

Der Abgeordnete Halbleib (SPD) schlug deshalb vor, dass der Haushaltsausschuss das Finanzministerium auffordert, nun eine ausführliche und nachvollziehbare Stellungnahme zu diesem Thema vorzulegen. Wegen der laufenden Planungen der Sanierungsmaßnahmen könne dies jetzt nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Der Haushaltsausschuss fordert das Finanzministerium nun auf, innerhalb von vier Woche eine erneute und ausführliche Stellungnahmen abzugeben.

Vor dem Hintergrund der Neubaupläne für ein Justizzentrum am Leonrodplatz und der aktuellen Diskussion um einen neuen Konzertsaal in München, der etwa 250 Millionen Euro kosten soll, verdeutlichten wir in Gesprächen mit einigen Ausschussmitgliedern unser Unverständnis und unsere Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation.

**Wir werden Sie weiter über die aktuellen
Entwicklungen informieren.**



Die Gewerkschaft